

## Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP

### Fälschungen der ukrainischen Präsidentschaftswahlen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Mit Sorge nimmt der Deutsche Bundestag zur Kenntnis, dass auch die zweite Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahlen die Standards von OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und Europarat für demokratische Wahlen nicht erfüllte. Erneut wurden die Wahlergebnisse massiv gefälscht.

Die Internationale Wahlbeobachtungsmission (IEOM), die sich aus Vertretern der OSZE, des ODIHR (Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte), der OSZE-Parlamentarierversammlung, der Parlamentarierversammlung des Europarates, des Europaparlaments und der NATO-Parlamentarierversammlung zusammensetzte, ist für die Stichwahl am 21 November 2004 zu der Bewertung gekommen, dass „die Exekutivbehörden des Staates und die Zentrale Wahlkommission (CEC) es an dem Willen fehlen ließen, einen echten demokratischen Wahlprozess durchzuführen“. Dies bedeutet einen schweren Rückschlag für die Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die OSZE-ODIHR-Beobachter in der Ukraine bleiben werden, um die Ergebniszahlen der territorialen Wahlkommissionen und der Zentralen Wahlkommission sowie Nach-Wahl-Anfechtungen festzustellen und zu bewerten.
3. Der Deutsche Bundestag hält darüber hinaus eine Überprüfung aller Wählerlisten sowie die Sicherstellung, dass es zu keiner doppelten oder unzulässigen Stimmabgabe gekommen ist, und eine vollständige Neuauszählung der abgegebenen Stimmzettel für notwendig, um die begründeten Zweifel an dem bislang veröffentlichten Ergebnis auszuräumen und dem tiefen Vertrauensverlust entgegenzuwirken, der schon jetzt gegenüber den Verantwortlichen für die ukrainischen Wahlen in der ganzen Welt entstanden ist.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf allen Ebenen jede Möglichkeit zu nutzen, die festgestellten Manipulationen zu verurteilen.

4. Der Deutsche Bundestag fordert das ukrainische Parlament, die Verchovna Rada, auf, alle Vorwürfe im Bezug auf die Wahlfälschungen sorgfältig zu prüfen und gegebenenfalls Neuwahlen in Betracht zu ziehen.

5. Der Deutsche Bundestag hält es für ein ermutigendes Zeichen, dass die ukrainische Zivilgesellschaft sich mit Furchtlosigkeit und großem Engagement für die Ausübung ihres Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung und freie Wahlen eingesetzt hat. Er begrüßt, dass es trotz der angespannten Situation bisher nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen ist, und fordert alle beteiligten Seiten nachdrücklich auf, auch im Weiteren auf jede Gewaltanwendung und auf jede Provokation zu verzichten.

Berlin, den 24. November 2004

**Franz Müntefering und Fraktion**

**Dr. Angela Merkel, Michael Gros und Fraktion**

**Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**